Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 17 (1942)

Heft: 6

Vereinsnachrichten: Unsere Jahrestagung in Basel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Unsere Jahrestagung in Basel

Der Rahmen

Sagen wir es gleich zum vornherein: Basel hat in bezug auf unsere Jahrestagung in mehr als einer Richtung den Rekord geschlagen. Das gilt nicht nur in bezug auf die Zahl der Teilnehmer, sondern auch auf die inhaltliche Gestaltung. Imponierend war zwar schon die Zahl: 330 Delegierte hatten wir noch an keiner unserer Tagungen begrüßen können. Von Zürich allein waren ihrer 128 angerückt, 84 ordnete Basel selbst ab, 17 Bern, die welsche Schweiz schickte eine größere Anzahl Vertreter, aus Luzern, St. Gallen, Chur, Winterthur, Erstfeld waren sie erschienen und, was uns vor allem auch freute, zahlreiche zweckverwandte Verbände, Behörden der Eidgenossenschaft, der Kantone und Städte wie verschiedenste wichtige Ämter ließen sich vertreten und bekundeten damit ihr Interesse für die Bestrebungen unseres Verbandes und seiner Bau- und Wohngenossenschaften. Aber auch inhaltlich durfte sich unsere Tagung sehen lassen. In der knappen zur Verfügung stehenden Zeit kamen wichtigste Fragen zur Sprache und wurden gewichtige Forderungen aufgestellt. Dem Zentralvorstand als dem ausführenden Organ des Verbandes wird es obliegen, im Laufe des kommenden Jahres entsprechende Arbeit wieder zu leisten, und er hat, wenn er allen Wünschen und Begehren Nachachtung verschaffen will, Arbeit zur Genüge.

Der Rahmen der Tagung war durch unsere Basler Freunde aufs beste vorbereitet worden. Wir schulden ihnen dafür *herzlichen Dank,* möge er an dieser Stelle nochmals in aller Form ausgesprochen sein! Er geht dabei vor allem an die Adresse des jederzeit hilfsbereiten Sekretärs unserer Basler Sektion, Herrn Nußbaumer, und seiner willigen Helfer, aber auch an den Vorstand der Sektion und dessen Präsidenten, die uns alle mit der Kunst, Ernstes und Heiteres, Arbeit und vergnügliches Beisammensein im rechten Maße zu verbinden, mehr als einmal überrascht haben. Es fehlt der Raum auf alle diese Überraschungen des näheren einzugehen. Aber wir werden sie nicht so bald vergessen!

Ihrer zwei möchten wir, weil sie naturgemäß im nachfolgenden Protokoll unserer Verhandlungen nur gestreift werden können, aber doch anerkennend erwähnen, nämlich in allererster Linie den feinsinnigen *Lichtbildervortrag* von Staatsarchivar *Dr. Roth über «Alt- und Neu-Basel».* Er hätte mit vollem Recht den Auftakt zu unserer Tagung überhaupt bilden sollen, denn er führte uns in unübertrefflicher Weise ein in den «Lokalgeist» unseres Tagungsortes, vermittelte uns eine anschauliche Kenntnis der Entwicklung der älteren und neueren Teile der beiden Basel und führte uns die vielen unbekannten baulichen Schönheiten vor allem Großbasels in so lockender Weise vor Augen, daß, wie wir wissen, trotz der Gluthitze des Tages manch ein Spaziergang am Nachmittag daraus folgte. Und was möchte ein Referat Schöneres bezwecken, als Anleitung zu eigenen Entdeckungsfahrten?

Man verzeihe, wenn wir gleich den ganz anders gearteten Genuß im Anschluß an diese kunstgeschichtlich und städtebaulich hochinteressanten Darlegungen erwähnen: Unsere Basler Freunde kennen jedenfalls ihre Pappenheimer sehr gut, und darum führten sie uns, zusammen mit einer genossenschaftlichen Gemeinde von über 1000 Personen, am Samstag zu einem *bunten Abend* ins «Küchlintheater»! Keine Angst: das «Variétéprogramm» war für uns extra zugeschnitten worden! Und es wurde denn auch in vollen Zügen genossen. Insbesondere die träfen Basler Witze (wobei zwar auch ein Zürcher mithalf, mit Verlaub zu sagen) und die «Conférence» des Vizepräsidenten unserer Basler Sektion ernteten den verdienten starken Beifall. Den Übergang von den Geschäften des Nachmittags aber zur leichten Unterhaltung des Abends bildete die gehaltvolle Ansprache, mit der der Präsident der Sektion, Zentralverwalter *Zulauf,* Delegierte und Genossenschafter willkommen hieß und in der er auf Sinn und Bedeutung unserer Arbeit hinwies.

Den Ausklang der Tagung bildete wie üblich das Mittagessen vom Sonntagnachmittag, an welchem neben den leiblichen Genüssen, aber wieder die geistigen nicht fehlten: Herr *Regierungsrat Ebi* rief uns allen nochmals mit ein paar knappen Begrüßungsworten die uns gestellte Aufgabe in Erinnerung und erfreute uns mit der Versicherung, daß wir auch auf behördliche Unterstützung unserer Tätigkeit rechnen dürften. Herr Verwalter *Zulauf* erinnerte uns in eindrücklicher Weise an die Zusammenhänge zwischen Konsum- und Wohngenossenschaften, und, was wir nicht vergessen wollen, der Verlag Guggenbühl & Huber als Besorger unseres Organs überraschte uns mit einem prächtigen Blumenschmuck auf der Mittagstafel und hatte zudem noch für eine kleine, aber nicht weniger instruktive «Mustermesse», eine Ausstellung seitens verschiedener Inserenten unseres «Wohnens» gesorgt, die allgemeine Aufmerksamkeit fand.

Alles in Allem: die Basler Tagung ist tadellos gelungen, und darum nochmals herzlichen Dank allen denen, die dazu das ihrige beigetragen haben!

Und nun zu den

Verhandlungen

In Anwesenheit von 330 Delegierten, einer bisher nie erreichten Zahl, wird die Tagung um 16.15 Uhr durch den Zentralpräsidenten *K. Straub* (Zürich) eröffnet. Er gibt seiner Genugtuung über die große Beteiligung Ausdruck und hofft, daß wir den gemeinnützigen Wohnungsbau, den wir vor 25 Jahren als unser Ziel aufgestellt haben, nun wieder mehr fördern können. In diesem Sinne sollen die Besprechungen und Beschlüsse der diesjährigen Tagung aufzufassen sein, damit wir nachher mit um so größerer Freude an die praktische Arbeit gehen können.

Der Vorsitzende entbietet den zahlreich abgeordneten Vertretern der Behörden und Ämter den Willkommgruß. Es sind vertreten der Regierungsrat von Baselstadt durch die Herren *Ebi* und *Dr. Jenny,* das Stadtplanbüro Basel durch die Herren *Trüdinger, Dr. Bickel* und Kantonsbaumeister *Maurizio,* der VSK. durch Herrn Direktor *Maire,* der ACV. Basel durch das Direktorium, die Herren *Stoll, Herzog* und *Zulauf.* Ebenso haben Vertretungen entsandt: die Basler Wohngenossenschaft durch Herrn *Eglin,* die Stadt Zürich die Herren *Stadträte Peter* und *Oetiker* sowie Assistent *Brunner,* die Stadt Bern Herrn

Gemeinderat *Reinhard,* die Stadt Freiburg Herrn Stadtrat *Meuwly,* der Kanton Zürich Herrn Kantonsbaumeister *Peter,* Winterthur Herrn *Stadtrat Frey,* St. Gallen die Herren *Hanselmann* und *Hauser.* Ferner ist vertreten das Eidgenössische Gesundheitsamt durch Herrn *Wirz,* der Bund Schweizerischer Architekten durch Herrn *Baur,* der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein durch Herrn *Näf,* der Schweizerische Technikerverband durch Herrn *Riedtmann.* Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ließ sich entschuldigen, ebenso das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, die Direction des Travaux der Stadt Lausanne und der Kantonsbaumeister von Freiburg. Ein besonderer Gruß wurde vom Vorsitzenden, dem früheren Zentralpräsidenten Herrn Direktor *Peter* und auch den welschen Freunden dargebracht. Ebenso hieß er die Presse willkommen.

Anschließend erinnert der Präsident an die innere und äußere Lage unseres Landes und die Komplikationen, die sich für uns daraus ergeben. Eines müsse aber gesagt werden, wir wollen in dieser schweren Zeit um so stärker und fester zusammenhalten, im Interesse unserer Sache und im Interesse unseres ganzen Schweizerlandes. Damit war die Versammlung eröffnet.

Protokoll

Als Tagessekretär wird *Hans Neuweiler,* Zürich, gewählt. Das Protokoll der Jahresversammlung vom 7. und 8. Juni 1941 in Biel, abgedruckt in Nr. 6 des «Wohnen» 1941, wird genehmigt.

Jahresbericht

Der Jahresbericht wird abschnittweise zur Diskussion gestellt und findet ohne weitere Bemerkungen die Zustimmung der Versammlung.

Die Jahresrechnung,

die mit einem Überschuß von Fr. 1261.— und einem Vermögen von Fr. 21 052.— abschließt, wird vom Vorsitzenden verlesen. Die Rechnungsrevisoren empfehlen die Rechnung zur Annahme, die Versammlung stimmt diesem Antrag einhellig zu unter Déchargeerteilung und bester Verdankung an Zentralvorstand und den Quästor Herrn *Irniger.* Die Rechnung wird in der nächsten Nummer des «Wohnen» erscheinen.

Der Fonds de roulement

gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß. Die Genehmigung der Abrechnung erfolgt durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit.

Wahlen

Im Zentralvorstand hat Herr *Hch. Heß,* Vertreter der Baugenossenschaft des Eidgenössischen Personals Zürich infolge Überlastung seinen Rücktritt erklärt. Dessen langjährige Tätigkeit im Vorstand wird von Präsident *Straub* aufs wärmste verdankt. Von der neugegründeten Sektion Winterthur wird als Nachfolger Herr *Gerteis,* Präsident der Heimstätten-Genossenschaft Winterthur vorgeschlagen, der von der Versammlung einstimmig gewählt wird.

Die beiden bisherigen Rechnungsrevisoren, die Herren *Schaltenbrand* und *Jenny* werden für eine weitere Amtsdauer bestätigt.

Allfällige Anträge

Präsident *Straub* gibt bekannt, daß die Sektion Bern beantragt, das Beitragswesen im Verband solle grundsätzlich auf einen einheitlichen Boden gebracht werden. Der Zentralvorstand habe beschlossen, eine Vorlage auszuarbeiten, die der

Der Ort der Arbeit —

— und der Ort des Vergnügens

nächsten Jahresversammlung vorgelegt werde. Dieses Vorgehen findet die Genehmigung der Versammlung.

Unter dem Traktandum

Verschiedenes

bringt der Vorsitzende unsere Zeitschrift «Das Wohnen» zur Sprache. Er begrüßt jede Kritik, aber sie müsse in positiver Form erfolgen durch Vorschläge und Einsendung von Artikeln. Eine fruchtbarere Mitarbeit am Organ wäre sehr wünschenswert.

Der Verlag der Zeitschrift, Guggenbühl & Huber ersucht um eine Erhöhung des Abonnementspreises und begründet das Gesuch mit den stark gestiegenen Klischee- und Druckkosten. Der Zentralvorstand habe beschlossen, trotzdem der Vertrag mit dem Verleger noch nicht abgelaufen sei, diesem nahezulegen, sich für das laufende Jahr mit einem Aufschlag von 20 Rp. pro Jahresabonnement zu begnügen. Gegen Ende des Jahres sollen weitere Verhandlungen aufgenommen werden. Ohne Diskussion erhält der Zentralvorstand die Kompetenz, in diesem Sinne mit dem Verlage zu verhandeln.

Es folgt ein kurzes Votum des Präsidenten über

Aktuelle Fragen in den Bau- und Wohngenossenschaften

Einleitend führt Präsident *Straub* aus:

«Das letztes Jahr in Biel beschlossene Aktionsprogramm wurde an eidgenössische, kantonale und Gemeindeämter, sowie an verwandte, zweckähnliche und verschiedene Wirtschaftsverbände in der Schweiz versandt. Der Erfolg darf als zufriedenstellend bezeichnet werden. Vom SIA. erfolgte eine Einladung zur Besprechung und Beratung zur Herstellung eines Leitfadens im Auftrage der Eidgenössischen Zentrale für Arbeitsbeschaffung. Andere Verbände haben ihre Zustimmung und Unterstützung kund getan. Ebenso wurde von Vorstandsmitgliedern auf Gesuch hin an mehreren Orten über das Programm referiert. In bezug auf die Subventionierung der Wohnungsbauten gemäß Bundesratsbeschluß hat der Zentralvorstand an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine Eingabe gerichtet, daß ein Beitrag von 5 Prozent im Vergleich zu der Bauteuerung von 40 Prozent viel zu klein sei. Auf die ablehnende Antwort des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements wird der Zentralvorstand nochmals vorstellig werden und besonders auf die Schwere der Situation hinweisen. Auch hat der Zentralvorstand vorgesehen, bei Zeit und Gelegenheit eine Konferenz mit eidgenössischen und kantonalen Behördevertretern zur Besprechung des Programms durchzuführen.»

Im Anschluß an seine Ausführungen bringt der Vorsitzende folgende

Resolution

zur Verlesung:

«Die Jahrestagung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen vom 6. und 7. Juni in Basel, besucht von 320 Delegierten von Bau- und Wohngenossenschaften, gibt der Genugtuung darüber Ausdruck, daß die im Aktionsprogramm 1941 des Verbandes bezüglich der Wohnungswirtschaft in der Schweiz formulierten Gesichtspunkte in weiten Kreisen eine günstige Aufnahme gefunden und zu vermehrter Zusammenarbeit zweckverwandter Verbände im Interesse einer ausreichenden und vernünftigen Versorgung unserer Bevölkerung mit dem nötigen Wohnraum Veranlassung gegeben haben. Die Versammlung begrüßt es, daß neuerdings Bund und Kantone sowie auch einzelne Gemeinwesen ihre Bereitwilligkeit zur Linderung der Wohnungsnot durch Gewährung von Subventionen zum Ausdruck gebracht haben. Die Versammlung hält jedoch dafür, daß angesichts der gegenwärtigen Baukostenteuerung und der wachsenden Wohnungsnot zu Stadt und Land die Hilfe vor allem des Bundes in bisheriger Höhe nicht genügt. Sie erwartet deshalb, daß die Bundesbehörden sich zu bedeutend stärkeren finanziellen Leistungen bereit erklären und auch die Kantone und Gemeinden zu entsprechenden Beschlüssen veranlassen werden. Sie erwartet im fernern, daß auch in der Frage der Baustoffzuteilung die Bedürfnisse der von der Wohnungsknappheit betroffenen Gemeinden gebührend berücksichtigt werden. Die Verbandstagung beauftragt den Zentralvorstand, im Sinne des Aktionsprogrammes weiterzuwirken und rechnet dabei auf die verständnisvolle und tatkräftige Förderung der darin enthaltenen Postulate durch Behörden und zweckverwandte Verbände, in der Ueberzeugung, daß nur eine systematische und großzügige Bearbeitung der gesamten Wohnungsfrage unser Land vor einem Notstand auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft wird bewahren können.»

In der Diskussion postuliert Herr *Steinmann,* Zürich, eine Ergänzung des Programms durch folgende zwei Punkte:

Einsetzung für eine soziale *Bodenpolitik* und Bekämpfung unlauterer Bestrebungen im Wohnungsbau. Nach den Erfahrungen aus den Jahren 1920 bis 1930 müsse der Verband diesen Kampf aufnehmen. Unter Hinweis auf das neue Bodenrecht in der Landwirtschaft solle auch das Gleiche für das städtische Bauland verlangt werden. Der bereits großes Ausmaß annehmenden Bodenspekulation müsse entgegengewirkt werden.

Herr *Architekt Lanz,* Biel, kommt auf das dringende Problem der *Landflucht* zu sprechen, das gelöst werden müsse. Zur Durchführung des Aktionsprogramms gebe es verschiedene Wege. Im Kanton Bern seien Bestrebungen im Gange zur Beschaffung von Wohnungen für Landarbeiter, das sei auch eine Forderung für uns. Der Wohnungsbau dürfe nicht dem Zufall überlassen werden, sondern bedürfe der Lenkung, wenn auch nicht auf eidgenössischem, so doch auf kantonalem Boden. Das ganze Wohnungsproblem müsse planwirtschaftlich, einschließlich der Bodenpolitik, angegriffen werden, heute sei der Moment, den Anfang zu machen.

Bezüglich des Landarbeiterproblems ersucht der Vorsitzende Herrn *Lanz* um Ausarbeitung von Vorschlägen, die in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Bauernverband und der Vereinigung für Innenkolonisation eine gewisse Lösung finden könnten. Über die Frage der spekulativen Bodenverwertung könne in einer nächsten Jahresversammlung einläßlich nach den verschiedensten Gesichtspunkten gesprochen werden. Herr *Steinmann,* Zürich, betrachtet die Frage jetzt schon als brennend und stellt *Antrag,* wenigstens die Resolution in diesem Punkte zu ergänzen. Im gleichen Sinne äußern sich die Herren *Stoll,* Basel, und *Brandenberger,* Winterthur.

Präsident *Straub* bringt folgende Fassung zur Ergänzung in Vorschlag, die in der *Eventualabstimmung* mit großem Mehr beschlossen wird:

«Der Verband fordert die Behörden auf, alles vorzukehren, damit im kommenden Wohnungsbau jegliche spekulative Bodenverwertung verhindert wird.»

Für den Schweizerischen Mieterverein erinnert dessen Präsident, Herr *Dr. Wieser,* an die *Wohnungsnot* vor 20 Jahren und stellt fest, welch außerordentlich segensreiche Rolle die gemeinnützigen Baugenossenschaften gespielt haben. Auch heute erwarten die Mieter wieder, daß die Bau- und Wohngenossenschaften in ähnlicher Weise eingreifen. Der Mieterverein ist gerne zu enger Zusammenarbeit mit den Wohn- und Baugenossenschaften in der Frage des Wohnungsbaues bereit. Aus Mieterschutzgründen bekämpft er die unheimliche Boden- und Liegenschaftenspekulation. Was wir verlangen müssen, sei eine planmäßige und rationelle Wohnbaugestaltung, und es ist wichtig, daß in den Kommissionen des KJAA. auch unsere Verbände vertreten sind, um ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen.

Herr Redaktor *Brandenberger,* Winterthur, findet die vorgeschlagene Resolution zu wenig scharf, man solle nicht nur erwarten, man müsse fordern. Bei den Bundesbehörden ist ein eigentliches Unverständnis für die Wohnungsnot vorhanden, und wir haben alles, was möglich ist, zu tun, um den Ämtern ein besseres Verständnis beizubringen.

In der Resolution erblickt Herr Architekt *Gilliard,* Lausanne, die Zusammenfassung unserer Interessen, die ein *volkswirtschaftliches Problem* darstellen, über das in unserem Verbande schon über 20 Jahre diskutiert wird. Er schlägt vor, an die Bundesbehörden mit dem Vorschlag zu gelangen, es sei eine besondere Kommission zu schaffen, in der neben den Verbänden, die Mieterinteressen vertreten, auch Abgeordnete anderer Verbände vertreten sein können. Diese Expertenkommission hätte den ganzen Fragenkomplex gründlich zu studieren, um den Weg zu dem bestmöglichsten praktischen Resultat zu finden.

Auf dem Wohnungsmarkt besteht eine *verzweifelte Situation,* erklärt Herr *Gemeinderat Reinhard,* Bern, da heute schon an vielen Orten Notwohnungen eingerichtet werden müssen. Einer Eingabe des Städteverbandes vom 26. September 1941 mit verschiedenen Forderungen sei nur den Begehren bezüglich des Mieterschutzes entsprochen worden. Über die Forderung betreffend den Wohnungsbau habe der Bundesrat erst am 16. März 1942 den bekannten Beschluß gefaßt, zu dem aber die Ausführungsbestimmungen bis heute nicht erschienen sind. Man habe das Gefühl, daß die ganze Angelegenheit vom spekulativen Wohnungsbau torpediert werde, da selbst Eingaben der Städte abgelehnt werden. Wir brauchen heute nicht Renditenwohnungen, sondern einfache Wohnungen für Familien mit Kindern, wobei wir uns aber hüten müssen, Hygiene mit Primitivität zu verwechseln. Die sozialen Nöte, die aus dem Wohnungselend kommen, untergraben die Spannkraft des Volkes. Der Redner weist auf die unterschiedlichen Zuteilungen der Baumaterialien und besonders des Zements hin. Wir können nur etwas erreichen, wenn der Städteverband, die Gemeinden und unser Verband gemeinsam vorgehen.

Herr *Stadtrat Muheim,* Luzern, macht die Feststellung, daß wir immer auf Widerstände stoßen, wenn wir bauen wollen. Sollten wir auf dem vorgesehenen Weg nicht zu dem gewünschten Ziele kommen, so ist die Frage zu prüfen, ob wir nicht eine *Initiative für eine Zwangsanleihe* für den gemeinnützigen Wohnungsbau in dem Sinne, daß das Kapital im Interesse der Volkswirtschaft verwendet wird, lancieren wollen. Der Zentralvorstand nimmt diese Anregung entgegen.

Im Zusammenhang mit den Baufragen kommt Herr *Steinmann,* Zürich, auf die *Studienzirkelbewegung* zu sprechen und äußert den Wunsch, der Zentralvorstand möchte dieser Bewegung und der genossenschaftlichen Bildungsarbeit vermehrte Aufmerksamkeit schenken und in Zusammenarbeit mit dem VSK. gute Kursliteratur beschaffen. Der Vorsitzende nimmt die Anregung entgegen, warnt aber vor Doppelspurigkeit, nachdem der VSK. bereits gute Arbeit leistet.

In der

Schlußabstimmung

wird die vom Zentralvorstand vorgeschlagene Resolution mit der beschlossenen Ergänzung einstimmig angenommen.

Anschließend dankt Präsident *Straub* der Sektion Basel für die Durchführung der Verbandstagung wie auch dem Verlage unseres Verbandsorganes für die Arrangierung der Ausstellung. Damit finden die Samstagsverhandlungen um 18.15 Uhr ihren Schluß.

Die Sonntagsverhandlungen beginnen um 9 Uhr mit einer Begrüßung der Referenten durch den Zentralpräsidenten *Straub.*

Der *Vortrag mit Lichtbildern aus dem alten Basel* von Herrn Staatsarchivar *Dr. P. Roth* über die bauliche Entwicklung der Stadt Basel wird von den Delegierten mit Beifall verdankt.

Vor dem Kampf — ein Augenblick «Solitude» im Zentralvorstand

«Die Diskussion wird fortgesetzt»

Wohnungsbau und Familienschutz

Zu dem Thema führt der Referent, Herr *Architekt Hermann Baur,* Präsident des Bundes Schweizer Architekten, folgendes aus:

«Wiederum, wie vor 20 Jahren, zeichnen sich am Horizont die Symptome einer kommenden Wohnungsknappheit ab, und wie damals sind es wieder die in Ihrem Verband zusammengeschlossenen Kreise, die sich darum bemühen, daß diese Knappheit nicht nur behoben, sondern auch auf eine sozial- und volkswirtschaftlich einwandfreie Art überwunden werde. An der Schwelle dieser bevorstehenden zweiten großen Wohnungsnot wird es gut sein, sich die Frage vorzulegen: Was ist aus der damaligen Tätigkeit zu lernen, wie müssen und wie können sich neue verfeinerte Erkenntnisse für die neue Aktion auswirken? Bei dieser Frage stoßen wir zwangsläufig auf das Problem des Familienschutzes. Die Relation von Wohnung und Familie wurde schon immer erkannt, aber die entsprechende Konsequenz daraus nicht gezogen. Die letzte Vorkriegszeit hatte kein Sensorium für solche Beziehungen oder trat wenigstens nicht näher auf sie ein. Nach dem Kriege kamen gewisse Wohnungsreformer, die das Problem nach der Formel «Jedem seine Ration Wohnung» zu lösen suchten. Durch Auflockerung der Familienwirtschaft und weitgehende Kollektivierung sollte der Einzelne von den Lasten der Familie befreit werden. Ein wahrhaft radikaler, aber brutaler Ausgleich der Lasten. Heute ist von diesen Dingen kaum mehr die Rede. Der Gedanke der Familie in seiner lebenspendenden und herrlichen Vielfalt hat wieder Chance, begriffen zu werden.

Wohnungsnot ist vor allem eine Not, die die *kinderfrohe Familie* trifft. Gerade der Familienvater, der für seine Kinderschar die gesündeste, für seine geplagte Frau die bequemste Wohnung haben sollte, muß sich mit dem begnügen, was als Abfall auf dem Wohnungsmarkt unvermietet bleibt und deshalb billiger abgegeben wird. Wir finden heute in unseren größeren Städten noch Wohnverhältnisse, wo Eltern und Kinder so zusammengepfercht wohnen, daß die Entfaltung eines Familienlebens einfach ausgeschlossen ist. Wer will den ersten Stein aufheben, wenn solche Väter das Bedürfnis nach einem Rest eigenen Lebenskönnen auswärts suchen oder mählich stumpfer Gleichgültigkeit verfallen. Diese traurigen Bilder sind es nicht zuletzt, die jungen Ehepaaren zu abschreckenden Vorbildern werden und ihnen die Lust zu kinderreichen Familien nehmen. Wir müssen heute fordern, daß dem auf gleicher gesellschaftlicher Ebene Stehenden im Prinzip die gleich gute Wohnlichkeit geboten werde, und zwar nicht nur für die untersten Bevölkerungsschichten, sondern auch für den Mittelstand.

Ein solcher Ausgleich kann nur auf fiskalischem Wege gelöst werden, sei es an der Quelle durch Lohnbeziehungsweise Einkommensausgleich, sei es durch entsprechenden Ausbau des *Subventionswesens.* Der Sache darf aber nicht das Odium der Armengenössigkeit anhaften. Aber nicht nur die Vernachlässigung des Familiengedankens, sondern auch der zunehmende Komfort auf Kosten der Raumgröße und Raumzahl haben zur Erschütterung eines gesunden Familienlebens geführt. Und bei der Relativität all dieser Dinge ergibt sich als Endeffekt: ein Verlagern des Lebens nach außen, das «Zuhause» verliert seine volle Bedeutung. Auch das Problem «Wohnen in Miete» steht in einem bestimmten Zusammenhang mit der Frage des Komforts. Die Notwendigkeit für viele, zeitweise in Miete zu wohnen, ist nicht zu bestreiten. Aber es ist hier wie beim Komfort: das rechte Verhältnis ist gestört. Aus einem Notbehelf ist für allzu viele ein Ideal geworden. Was nun aber ist zu tun? Sorgen wir für eine neue Einstellung der öffentlichen Meinung. So wie es gilt, Sinn, Größe und Schönheit der Familie darzustellen, so gilt es darzustellen die Schönheit und Großartigkeit eines wohnhaften Daheims.

Uns fehlt das Eingebettetsein in eine wirkliche Tradition so sehr, daß viele sich in die «Talmi-Tradition» von «altgemachten Möbeln» und eines nur äußerlich nachgemachten Heimatstils flüchten. Wir müssen deshalb noch mehr wie bisher für eine *Siedelungspolitik* eintreten, die unsere Städte auflockert und die große Masse zur Scholle zurückführt. Dies hat nicht nur heute, im Zeichen des Mehranbaues seine Bedeutung. Auch in normalen Zeiten hat die Selbstversorgung ihre große Bedeutung, besonders aber in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Solche Siedelungen hätten auch große Bedeutung in der Frage der Gestaltung der Freizeit, und schließlich führt diese Verbundenheit mit der Scholle zu einem sinnvolleren Leben überhaupt. Die Häuser dieser Siedelungen müßten in einfachster Art, aber geräumig gebaut sein. Auf dem Lande wird ja mancher Komfortsanspruch in seiner Bedeutungslosigkeit offenbar. Darum halten wir die Förderung solcher Siedelungen als die wichtigste und dringendste Aufgabe. Daneben soll in großen Städten der *Altstadtsanierung* Aufmerksamkeit geschenkt werden, da die Öffentlichkeit am Verschwin-

den dieser Krankheitsherde interessiert ist. Zu denken wäre auch einmal an die Sanierung jener großen *Miethausquartiere* aus der Zeit der kapitalistischen Hochblüte um die Jahrhundertwende.

Wie soll die Forderung nach Siedelungen realisiert werden? Wichtige Mittel, um einen solchen familienfördernden Wohnungsbau mit sofortiger Wirkung zu unterstützen, besitzt die öffentliche Hand heute im Subventionswesen und im Bewilligungsverfahren für die wichtigsten Baumaterialien. Man wird fordern müssen, daß Subventionen und Bewilligungen nicht mehr wahllos einfach unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung oder Wohnungsknappheit erteilt werden, sondern unter Bedingungen, die ein *gesundes, vernünftiges Bauen und Wohnen* garantieren. In erster Linie ist die Wohnungsproduktion für kinderreiche Familien zu fördern; die Materialzuweisung sollte für solche Wohnbauten reserviert bleiben. Bei der Subventionierung von neuen Miethäusern sollten zum mindesten die Ein- und Zweizimmerwohnungen ausgeschlossen bleiben und auch die Materialbeistellung vorerst verweigert werden. Beim Siedelungsbau sollte beim Übergang des Hauses in eigenen Besitz jede spekulative Auswertung ausgeschlossen bleiben.

Der Bund Schweizer Architekten gedenkt, dem Bundesrat die Ausführung eines groß angelegten *Wettbewerbes* zur Erhaltung von Ideen, Finanzierungsvorschlägen und Planstudien nahezulegen. Der Zweck dieses Wettbewerbes bestünde darin:

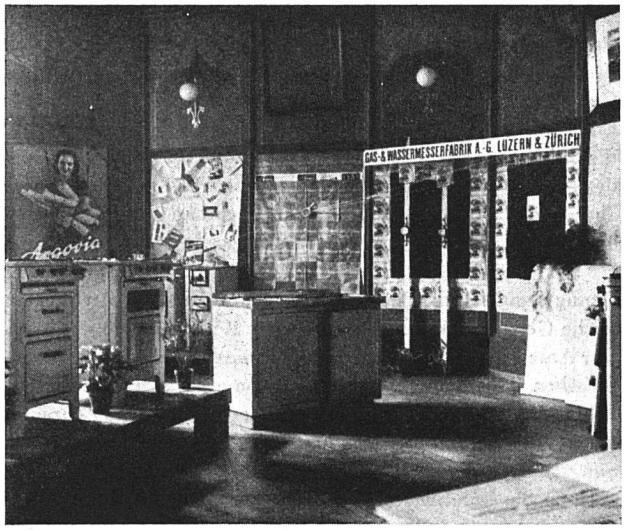
a) die Diskussion um die Frage und die Notwendigkeit eines gelenkten Wohnbaues nach dem Kriege überhaupt in Fluß zu bringen;

b) eine bestimmte, im Interesse des allgemeinen Wohls und nicht nur jenem des Spekulantentums gelegene Wohnreform zu propagieren und durch anschauliches Projektmaterial aufzuzeigen;

c) schließlich konkrete Vorschläge darüber zu erhalten, wie ein solcher Wohnbau aussehen würde und welche Maßnahmen rechtlicher und städtebaulicher Art in Angriff zu nehmen wären.

Die Vorarbeiten heute schon in Angriff zu nehmen liegt nahe, weil diese Zeit beanspruchen.

Die Kantone ihrerseits sollten ihre *Stadt- und Regionalplanung* auf solche zu erstellende Siedelungen ausrichten und rechtzeitig für gute Verbindungen nach den Arbeitszentren und dem Stadtzentrum vorbereiten. Schließlich sollten unsere Volkswirtschafter einmal ihre Aufmerksamkeit dem Gedanken des Erbbaurechtes schenken. Das Spekulierenkönnen mit dem Boden hat ja überhaupt etwas Stoßendes. Für all diese Dinge müssen Bund, Kantone und Gemeinden sorgen. Das hat nicht die Meinung, daß der Staat selber bauen soll. Dies soll der privaten Initiative und Verantwortung überlassen werden, wobei Gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften besonders berufen wären, die Sache an die Hand zu nehmen. Wir denken dabei eher



Unsere «Mustermesse»

an die Bildung von Baugenossenschaften als an Wohngenossenschaften.

Die Frage, ob die *Industrie* selber für ihre Arbeiter Wohnungen bauen soll, ist sicher mit Recht umstritten. Aber bei richtiger Mithilfe der öffentlichen Hand sollte es möglich sein, auch in der freien Form des genossenschaftlichen Wohnungsbaues solche Lösungen durchzuführen. Ob die eine oder andere Form: Fordern wir nach Kräften etwas Kühnes, Ganzes ... Lasse man sich nicht durch rechnerische Nachweise abschrecken. Was für unser Volk, für das Gedeihen der Familie getan wird, ist auch volkswirtschaftlich gut. *Was aber volkswirtschaftlich richtig ist, kann nicht zu teuer sein.* Wieder einmal leben wir in einer Zeit der Umwertung aller Werte. Ware ist wichtiger geworden als Geld. Und wir fühlen unmittelbar, daß Freiheit wichtiger ist als Geld und Gut. Eine Um- und Aufwertung der menschlichen Wohnung – nicht im Sinne größeren Komforts, sondern im Hinblick auf ihre moralischen und hygienischen Qualitäten – ist ein Gebot unserer Zeit. Denn sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundung der Familie; diese aber ist eine der wesentlichen und eigentlichen Aufgaben unserer Generation.

Die Meinungen der Delegierten

Der Vorsitzende verdankt die Ausführungen des Referenten und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der heutige Vortrag ein Anfang in der Zusammenarbeit zwischen dem Bund Schweizer Architekten und unserem Verbande sein möge.

In der anschließenden Diskussion, die viel Zusammenhänge mit der Aussprache vom Samstag aufweist, fordert Herr *Dr. Gysin,* Luzern, *paritätische Baugenossenschaften* zwischen Landwirten und deren Dienstpersonal mit Unterstützung der öffentlichen Hand. Diese Frage werde in verschiedenen Kantonen studiert und sollte auch in unserem Verbande geprüft werden. Die gleiche Form könnte auch auf die Industrie und die Arbeiterschaft angewendet werden. Die Freizügigkeit müßte sowohl für das bäuerliche Dienstpersonal wie für den Industriearbeiter gewährleistet sein.

In bezug auf die *Siedelungsbauten* erklärt Herr *Jaquet,* Präsident der Genossenschaft «Coin de terre» in Genf, daß das vom Referenten skizzierte Programm von der genannten Genossenschaft vollständig realisiert worden sei. Die finanzielle Frage dürfe nicht allein entscheidend sein. Es wäre verfehlt, die Subventionen als Basis der Aktion zu betrachten. Die «Coin de terre» habe auch das Landarbeiterproblem studiert, konnte aber wegen Ausbruchs des Krieges nicht an die Ausführung herangehen.

Herr *Reinhard,* städtischer Baudirektor in Bern gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß heute von seiten der Architekten solche Gedanken kommen, wie sie der Referent geäußert habe. Der Anteil der gemeinnützigen Baugenossenschaften am schweizerischen Bauvolumen sei seit 1926 von etwa 25 Prozent innert 13 Jahren auf etwa 6 Prozent gesunken. Seit jenem Zeitpunkt müsse ein verständnisloses *Überborden des spekulativen Wohnungsbaues* konstatiert werden. Nicht die Fragestellung, wie hoch ist die Rendite für das Finanzkapital hat für uns Gültigkeit, sondern die Frage, wie hoch ist die Rendite für die schweizerische Volkswirtschaft. Für die Bau- und Wohngenossenschaften entsteht heute eine ganz neue Frage, wie kann die Bauteuerung von 40 Prozent weggebracht werden. Nach Ansicht von Herrn *Reinhard* sollte die Hälfte der Baukosten durch Subventionen von Bund, Kantonen und Gemeinden aufgebracht werden, während für die andere Hälfte die Genossenschaften versuchen sollten, genügend billiges Kapital zur Verfügung gestellt zu erhalten. Ein weiteres Moment ist nicht außer acht zu lassen, Verbilligung und Vereinfachung in der Konstruktion, wichtig sind genügend gesunde Wohnungen. Der tiefe Wohnungsstandard auf dem Lande drückt immer wieder auf den Wohnungsstandard in der Stadt. Wenn es nicht gelingt, diese Unterschiede wegzubringen, so werden unsere Genossenschaften schwer zu kämpfen haben. Das Hauptgewicht im Bauen liegt auf den Baugenossenschaften, denn die Gemeinden sind von der Subventionierung ausgeschlossen. Die Genossenschaften sollen nicht nur bauen, sondern die Häuser auch behalten und verwalten. Mit dem Übergang als Besitz an die Mieter habe man keine guten Erfahrungen gemacht. Eine Sanierung der Proletarierquartiere in den Städten ist ohne grundlegende Änderung im öffentlichen Leben nicht möglich. Unsere Aufgabe ist, zum sozialen Wohnungsbau überzugehen.

Herr *Stadtrat Frey,* Winterthur, kennzeichnet die Lage im *Kleinwohnungs- und Siedelungsbau* in Winterthur. Die Grundlage für die Siedelungen biete der Landerwerb durch die Gemeinden. Es müssen auch andere Fragen in Erwägung gezogen werden, Beteiligung der Gemeinden durch A-fonds-perdu-Beiträge in Form von Hypotheken, Ausgleichsteuer zwischen alten und neuen Wohnungen, Einkommensgrenzen usw.

Nach Ansicht von Herrn *Architekt Lanz,* Biel, kann das *Landarbeiterproblem* nicht nach den Ideen von Herrn *Dr. Gysin* gelöst werden. Im Kanton Bern studiere eine besondere Kommission nicht nur das Wohnproblem, sondern auch das Lohnproblem, welch letzteres noch viel schwieriger ist, weil die Gemeinden hierfür wenig Verständnis aufbringen.

Im Schlußwort äußert sich der Referent kurz zu den gefallenen Voten und erklärt zusammenfassend, er habe einen Blumenstrauß von Ideen unter die Delegierten geworfen, denn in der heutigen Zeit sei der *ideologische Appell* nicht unwichtig und vielleicht die Basis für die notwendigen Realisierungsbestrebungen.

Mit einem Dankeswort an Herrn *Architekt Baur* schließt der Präsident um 11.30 Uhr die diesjährige Tagung.

H. N.

WOHNUNGSBAU DRINGLICH

Stadtrandsiedelungen in Biel

Dem sich immer fühlbarer auswirkenden Wohnungsmangel soll durch eine soeben ins Leben gerufene Aktion zur Erstellung von Eigenheimen an der Peripherie der Stadt abgeholfen werden. Die Siedelungen, vorzugsweise Riegbauten, sind in erster Linie für wenig kapitalkräftige Arbeiter und Angestellte vorgesehen. Die projektierten Siedelungshäuser weisen neben Küche, Waschküche und Keller fünf Wohn- und Schlafräume auf, so daß dem Verlangen nach Wohnungen für kinderreiche Familien in hohem Maße nachgekommen wird. Da zu jedem Haus rund 800 Quadratmeter Land gehören, können sich auch diese Familien selber mit Kartoffeln und Gemüse versorgen. Bei einer Einlage von 1000 Franken hat der Bewohner oder Besitzer eines Siedelungshauses einen bescheidenen monatlichen Mietzins zu entrichten. — Zur Bekämpfung des Wohnungsmangels in Biel ist übrigens kürzlich ein Wohnungsamt geschaffen worden,. dessen Aufgabe in der Vermittlung der bei ihm angemeldeten Leerwohnungen besteht.

Ein Büro für Bauwirtschaft beim KIAA.

Um die Arbeit auf dem Gebiete der Zuteilung von Baumaterial noch besser zu koordinieren, ist im Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamt ein besonderes Büro für Bauwirtschaft geschaffen worden.

Es umfaßt alle diejenigen Dienste der beteiligten Sektionen, die sich bis jetzt mit der Bewilligung von Baueisen und Zement zu befassen hatten, und wird geleitet von Architekt R. von Sinner, dipl. Ing., Bern. Alle Gesuche um Zuteilung der genannten Materialien sind inskünftig direkt an dieses «Büro für Bauwirtschaft des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes» zu richten (Bern, Schwarztorstraße 71a, Tel. 2 55 31).

Kleinere Zuteilungen nimmt das Büro selber vor. Alle übrigen Fälle unterbreitet es mit seinem Antrag der Baukommission des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes, die nach den Weisungen der Amtsleitung arbeitet, welcher insbesondere auch die Zuteilung an ganze Verbraucherkategorien sowie die Aufstellung der allgemeinen Richtlinien für die Bewirtschaftung der Baumaterialien obliegt. Der Kommission gehören an die Chefs der beteiligten Sektionen und des Büros für Bauwirtschaft des Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamtes, der Beauftragte für Mehranbau, der Delegierte für Arbeitsbeschaffung und der Geniechef der Armee. Die Kommission tritt mindestens einmal wöchentlich zusammen. Die Entscheide werden durch das Büro für Bauwirtschaft eröffnet, das gleichzeitig die Geschäftsstelle der Baukommission bildet.